Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Treffen Trump – Selenskyj „ziemlich übel“
2. Friedrich Merz über Russland: «Wir werden uns wieder verteidigen müssen» – man beachte: «wieder!» verteidigen!
3. Tricks und Lügen – EU stoppt russische Öl- und Gasimporte
4. Nord Stream-Sabotage: Terrorschlag oder Selbstverteidigung?
5. Westliche Verdrängungskünstler
6. Von Umlage zu Börse: Brüssel will deutsche Rente amerikanisieren
7. 256 Milliardäre: Die Gewinner der deutschen Wirtschaftskrise
8. Die Betriebe mussten in den letzten drei Jahren 325.000 Arbeitskräfte zusätzlich einstellen, um die gewachsene Bürokratie zu bewältigen
9. Vom Drohnen- zum Weltraumkrieg
10. Standort von Produktionsfirma in Gaza von Rakete getroffen
11. Neue Sanktionen geplant – Russische Schattenflotte bereitet EU zunehmend Sorgen
12. Verschärftes Aufenthaltsgesetz: Bis zur Ausreise verwahrt
13. Die Würfel-Wüste
14. Kolumbien: Trump-Äußerungen wie „Androhung einer Invasion“
15. Transparenz: So viel verdienten die ARD-Intendanten
16. Friedenstüchtig werden
17. Appell des Friedensbündnisses: „Lasst uns alle alles dafür tun, damit die Menschheit kein drittes Karthago erleidet!“
18. BSW: Neuauszählung jetzt: So kannst du unsere Forderung unterstützen!

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Treffen Trump – Selenskyj „ziemlich übel“**
   US-Präsident Donald Trump hat den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj Insidern zufolge bei einem Treffen am Freitag eindringlich zu Zugeständnissen und Gebietsabtretungen gedrängt. „Es war ziemlich übel“, sagte einer der Insider laut Nachrichtenagentur Reuters. Nach dem Treffen rief Trump zu einem Waffenstillstand entlang des aktuellen Frontverlaufs auf. Das bekräftigte er am Sonntag an Bord der

Air Force One. […]
Das Treffen sei für die ukrainische Delegation eine klare Enttäuschung gewesen, sagten zwei mit den Gesprächen vertraute Personen am Sonntag der Nachrichtenagentur Reuters. Trump habe es auch abgelehnt, Tomahawk-Marschflugkörper an die Ukraine zu liefern. Stattdessen habe er davon geredet, sowohl Kiew als auch Moskau Sicherheitsgarantien zu geben, was die ukrainische Delegation als verwirrend empfunden habe.
Nach dem Treffen hatte sich Selenskyj Trumps Aufruf zu einem Waffenstillstand an der gegenwärtigen Front gegenüber Reportern angeschlossen. Ein dritter Insider sagte, Trump habe diesen Vorschlag während des Treffens gemacht, nachdem Selenskyj erklärt habe, er werde freiwillig kein Territorium an Russland abtreten. Trumps Botschaft an Selenskyj sei gewesen: „Euer Land wird erfrieren und euer Land wird zerstört werden, wenn die Ukraine kein Abkommen mit Russland schließt.“ Trump habe während des Treffens zudem mehrfach unflätige Ausdrücke benutzt.
Quelle: ORF

dazu auch: **Selenskij im falschen Film**
Ukraines Präsident bewertet US-Besuch positiv. EU fordert Platz am Verhandlungstisch
Man könnte meinen, der ukrainische Präsident Wolodimir Selenskij habe an einem anderen Treffen teilgenommen. In Kommentaren gegenüber Medien am Sonntag, die zunächst vertraulich waren, aber am Montag zur Veröffentlichung freigegeben wurden, erklärte Selenskij, dass die Botschaft von US-Präsident Donald Trump »meiner Meinung nach positiv« sei. Er hatte die Aussage getätigt, bevor Agenturen und Medien von einer sehr angespannten Zusammenkunft am Freitag in Washington berichteten, bei der Trump das Einfrieren des Krieges entlang des aktuellen Frontverlaufs propagierte. »Lasst beide den Sieg für sich beanspruchen, lasst die Geschichte entscheiden!« schrieb er im Anschluss auf seinem Portal »Truth Social«. Die begehrten, weitreichenden »Tomahawk«-Marschflugkörper erhielt Selenskij nicht, dafür hat sich offenbar sein Werben beim US-Rüstungskonzern Raytheon gelohnt. Die Ukraine bereite nun einen Vertrag über den Kauf von 25 »Patriot«-Luftabwehrsystemen aus dessen Produktion vor. Vom regierungsnahen Portal Axios hieß es, Trump habe keine derartigen Zusagen abgegeben.
Quelle: Junge Welt

2. **Friedrich Merz über Russland: «Wir werden uns wieder verteidigen müssen» – man beachte: «wieder!» verteidigen!**
[…] Man höre genau hin und lasse sich diesen Satz auf der Zunge zergehen: «Wir

werden uns wieder verteidigen müssen!». Wieder! Wann, Herr Bundeskanzler Merz, hat sich Deutschland schon einmal gegen Russland verteidigen müssen? Wann hat Russland Deutschland schon einmal angegriffen? Es war Deutschland, Herr Merz, das Russland – es war damals die Sowjetunion – 1941 angegriffen hat, und es war Russland, die Rote Armee, Herr Merz, das sich gegen Deutschland verteidigen musste! Dies jetzt einfach ins Gegenteil umzudrehen, ist eine Geschichtsverfälschung der allergröbsten Sorte!
Quelle: Globalbridge

3. **Tricks und Lügen – EU stoppt russische Öl- und Gasimporte**
Am Montag haben die EU-Energieminister gegen die Stimmen von Ungarn und der Slowakei einen vollständigen Importstopp für Öl und Gas aus Russland ab 2028 beschlossen – und zwar verkleidet als Handelsregelung. Denn dafür ist keine Einstimmigkeit erforderlich, wie es bei Sanktionen der Fall wäre. Das Importverbot ist allerdings auch eine Sanktion, und zwar ironischerweise eine, die sich wohl sogar mehr gegen die beiden störrischen zentraleuropäischen Mitgliedstaaten richtet als gegen Russland, das seine Rohstoffe auch anderweitig loswird.
Anstatt aus dieser seit Jahren sichtbaren und bei anderer Gelegenheit lautstark beklagten Situation den Schluss zu ziehen, dass es dann wohl zwecklos ist, ziehen die Institutionen die Schrauben weiter an. Einwände der Regierungen in Budapest und Bratislava, bei einem Verzicht auf russische Rohstoffe würden sich die Energiekosten für Unternehmen und Familien erhöhen, werden routiniert abgeschmettert: Solche Preiserhöhungen seien schon zu erwarten, aber in einem Ausmaß von fünf, maximal zehn Prozent. Dass sei doch wohl zumutbar. Für den guten Zweck, oder was?
Ohnehin sind diese Angaben wenig glaubwürdig: Das Statistische Bundesamt hat für die Jahre seit 2022 einen Anstieg der Gaspreise für Haushalte von 7,6 Cent pro Kilowattstunde auf 13,5 Cent im ersten Halbjahr 2025 ermittelt, und das für die BRD, die Zugang zum Meer hat. Er war zwischendurch auch schon höher. Von 7,6 auf 13,5 – das ist eine Steigerung nicht um fünf oder zehn, sondern um satte 77 Prozent. Ein hochbezahlter EU-Beamter in Brüssel, wo Frost ein Fremdwort ist, mag das weg-stecken, eine Familie in der Slowakei, wo es im Winter recht kalt werden kann, nicht unbedingt.
Quelle: Junge Welt

4. **Nord Stream-Sabotage: Terrorschlag oder Selbstverteidigung?**
Letzte Woche hat ein polnisches Gericht entschieden, den von der deutschen Bundesanwaltschaft mit einem Europäischen Haftbefehl gesuchten Wolodymyr Schurawlew, der der Mitwirkung an der Sprengung von Nord Stream beschuldigt wird, wieder freizulassen.
Der polnische Richter begründete den Freispruch damit, dass die Bundesanwaltschaft

keine ausreichenden Informationen geliefert hätten. Und dass, ohne über die Beteiligung oder nicht zu entscheiden, „die Sprengung kritischer Infrastrukturen … während eines gerechten Verteidigungskrieges … keine Sabotage (ist), sondern eine militärische Aktion …, die unter keinen Umständen ein Verbrechen darstellen kann“. Im Krieg ist also alles erlaubt, offenbar auch Anschläge auf eine Infrastruktur, die keineswegs alleine Russland gehört.
Gleichwohl machte Tusk nach dem Freispruch wieder deutlich, dass er diese Sabotage begrüßt und die Täter feiert. „Der Fall ist jetzt abgeschlossen“, verkündete er provozierend, also könne er die deutschen Ermittlungen einstellen.
So hat man von Seiten der Bundesregierung keine Kritik an Tusk und an der Weigerung, dem Europäischen Haftbefehl nachzukommen, gehört.
Aber der ungarische Außenminister Péter Szijjártó sah sich genötigt, auf Tusk zu reagieren und einige unangenehme Dinge zu sagen, auch wenn es ihm wohl vor allem um eine EU-Kritik ging und Ungarn weiterhin russisches Öl beziehen will: „Skandalös: Wenn einem eine Infrastruktur in Europa nicht gefällt, kann man sie in die Luft jagen, heißt es in Polen. Damit haben sie eine Vorabgenehmigung für Terroranschläge in Europa erteilt. Polen hat einen Terroristen nicht nur freigelassen, sondern feiert ihn auch noch – so weit ist es mit der europäischen Rechtsstaatlichkeit gekommen.“
Quelle: Overton

Anmerkung unserer Leserin Susanne Bur: *Es war keine innerrussische Leitung, sondern eine, die nicht nur Deutschland versorgen sollte, sondern auch Europa. Somit ist es m.M.n. keine legitime Verteidigung, sondern sehr wohl eine Sabotage. Dass das uns betraf, interessiert Polen also nicht.*

Und unsere Regierungen – sowohl Ampel als auch die jetzige – sind nicht mehr in der Lage, unser Land noch gegen eine solche Sabotage zu verteidigen. Zu tief haben sie sich in den Krieg gegen Russland eingegraben, zu weit haben sie sich davon entfernt, unser Land gegen die sich daraus ergebenden Nachteile zu verteidigen, sie können jetzt nichts mehr ändern, ohne ihr Gesicht zu verlieren. Auch wenn bei uns die Wirtschaft tiefer in einen Abgrund stürzt, und die Menschen ihre Energie kaum noch bezahlen können.

Merz spricht zwar immer von Stärke, aber wer noch nicht einmal zum Wohl des eigenen Lands trotz Amtseid arbeitet, der ist schwach, und aus politischer Schwäche entsteht moralische Überlegenheit, die er mit der unglaublichen Aufrüstung kompensiert.

5. **Westliche Verdrängungskünstler**

Die USA und Europa sind gut darin, in der Welt großen Schaden anzurichten, und schlecht darin, ihre Verbrechen einzugestehen. Exklusivauszug aus „Hegemonie oder Untergang“.
„Sorry seems to be the hardest word“, sang Elton John. Die Politik der NATO-Länder hat in vielen Ländern der Welt enorme Verwüstungen angerichtet — durch imperiale Kriege etwa oder durch Sanktionen, die in den betroffenen Ländern Hungersnöte auslösten. Spricht man westliche Entscheidungsträger darauf an, weichen sie stets auf bestimmte Strategien der Leugnung und Verdrängung aus. Zuerst versuchen sie den Eindruck zu erwecken, das Furchtbare sei gar nicht geschehen. Dann greifen Rechtfertigungsstrategien: „Der andere hat mich dazu gezwungen“, „Ich tat es nur im Interesse des Friedens und der Freiheit“, „Andere machen schließlich auch Fehler“, „Ihr reitet immer auf dem Negativen herum, ich tue doch auch viel Gutes“ … So sind westliche Offizielle. Einsicht und Selbstkritik sind nicht so ihr Ding. Auf diese Weise gehen das Sterben und die Ausplünderung vielerorts ungebremst weiter. Der Autor, der quasi Experte in der Aufdeckung westlicher Heuchelei ist, lässt das nicht durchgehen.
Quelle: Rainer Mausfeld auf Manova

6. **Von Umlage zu Börse: Brüssel will deutsche Rente amerikanisieren**
   Die EU-Kommission will Zahlungen aus dem zwei Billionen Euro schweren Haushalt an Rentenreformen koppeln. Wer nicht mitmacht, verliert Geld.
   Die Europäische Union plant einen weitreichenden Eingriff in die Rentenpolitik ihrer Mitgliedsstaaten. Das legen zumindest die Aussagen von drei hochrangigen EU-Beamten gegenüber dem Nachrichtenportal Politico nahe.
   Demnach prüfen die Wirtschafts- und Finanzabteilungen der EU-Kommission derzeit, wie Zahlungen aus dem nächsten zwei Billionen Euro schweren EU-Haushalt an Renten-Reformen gekoppelt werden können.
   Länder, die ab 2028 die sogenannten länderspezifischen Empfehlungen zur Rente ignorieren, könnten ihren vollen Anteil am Siebenjahreshaushalt der EU verlieren.
   Quelle: Telepolis
7. **256 Milliardäre: Die Gewinner der deutschen Wirtschaftskrise**
   Während die Wirtschaft stagniert, wächst die Zahl der Milliardäre. Ihr Gesamtvermögen stieg dreimal so stark wie das BIP.
   Superreiche werden immer reicher – das ist die Quintessenz des alljährlichen Sonderheftes des Manager Magazins mit dem Titel “Die 500 reichsten Deutschen. Wie sich Macht und Vermögen verteilen.”
   Während die Bundesregierung über Kürzungen für Bürgergeldbezieher diskutiert, wurde die neue Rangliste veröffentlicht. Mit wenig überraschenden Ergebnissen. Die deutsche Wirtschaft stagniert, die Zahl der Milliardäre steigt von 226 auf 256.

"Das Magazin veröffentlichte die Liste bereits zum 25. Mal. Seit 2001 hat sich nach den Angaben des Magazins das Gesamtvermögen der Top 100 von 263 Milliarden Euro auf 758 Milliarden Euro knapp verdreifacht. Das Bruttoinlandsprodukt hat sich im selben Zeitraum lediglich verdoppelt", meldet die ZDF-Sendung "heute".
Quelle: Telepolis

8. **Die Betriebe mussten in den letzten drei Jahren 325.000 Arbeitskräfte zusätzlich einstellen, um die gewachsene Bürokratie zu bewältigen**
Die Belastung der deutschen Betriebe durch Bürokratie ist in den vergangenen drei Jahren deutlich gestiegen und betrifft Betriebe aller Größenklassen. Ergebnisse einer IAB-Betriebsbefragung 2025 zeigen, dass mehr Bürokratie häufig mit steigenden (Personal-)Kosten, Produktivitätsverlusten sowie Investitions- oder Innovationshemmnissen einhergeht. Als besonders belastend wird die Datenschutzgrundverordnung wahrgenommen. […]
Um die gesetzlichen Anforderungen und Verordnungen umzusetzen, stellen viele Betriebe zusätzliches Personal ein. Insgesamt war dies in 11 Prozent der Betriebe nach eigenen Angaben der Fall (siehe Abbildung 2). Laut Befragung sind dies in der Summe rund 325.000 Beschäftigte.
Abbildung 2 zeigt den Anteil der Betriebe mit zusätzlicher Beschäftigung in den letzten 3 Jahren zur Erfüllung gesetzlicher Anforderungen in der jeweiligen Betriebsgrößenklasse oder Branche. 11 Prozent aller Betriebe sind hiervon betroffen. Bei Betrieben mit 50 bis 249 sowie mit mind. 250 Beschäftigten berichten im Durchschnitt 30 Prozent von einem entsprechenden Beschäftigungsaufbau. Bei Betrieben mit weniger als 10 Beschäftigten sind es nur 7 Prozent. Die höchsten Anteile werden mit 22 Prozent im Bereich Energieversorgung und mit 19 Prozent in der öffentlichen Verwaltung berichtet. Die niedrigsten Anteile werden mit 6 Prozent der Betriebe im Bereich Erbringung sonstiger Dienstleistungen sowie mit 7 Prozent im Bereich Kunst, Unterhaltung und Erholung berichtet.
Je nach Betriebsgröße variiert dieser Anteil erheblich. Unter den mittelgroßen Betrieben mit 50 bis 249 Beschäftigten sowie den Großbetrieben mit mindestens 250 Beschäftigten gaben jeweils 30 Prozent der Betriebe an, deswegen zusätzliches Personal eingestellt zu haben, bei den Kleinstbetrieben mit weniger als 10 Beschäftigten waren es 7 Prozent. Da in Deutschland jedoch über drei Viertel aller Betriebsstätten solche Kleinstbetriebe sind, entfallen immerhin knapp 30 Prozent der 325.000 zusätzlichen Einstellungsfälle auf Kleinstbetriebe. 37 Prozent des Beschäftigungszuwachses erfolgte in Betrieben mit 10 bis 49 Beschäftigten. Mittelgroße Betriebe mit 50 bis 249 Beschäftigten trugen zu 20 Prozent, Großbetriebe mit mindestens 250 Beschäftigten zu 13 Prozent zu diesem Beschäftigungszuwachs bei.

Der Anteil der Betriebe, die bürokratiebedingt zusätzliche Beschäftigte eingestellt haben, variiert nicht nur je nach Betriebsgröße, sondern auch von Branche zu Branche erheblich (siehe Abbildung 2 unten). Besonders häufig kam es in den Bereichen Energieversorgung, öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung, Erziehung und Unterricht sowie Wasserversorgung/Abwasser-/Abfallentsorgung zu Neueinstellungen. In den Branchen Erbringung sonstiger Dienstleistungen, Kunst/Unterhaltung/Erholung sowie Information und Kommunikation berichteten hingegen die wenigsten Betriebe über einen gestiegenen Verwaltungsanteil in den vergangenen drei Jahren.
Quelle: IAB

9. **Vom Drohnen- zum Weltraumkrieg**
   Der neue EU-Rüstungsfahrplan sieht umfassende Produktions- und Beschaffungsmaßnahmen bei Drohnen und im Weltall vor. Er begünstigt Deutschland in seinem Bestreben, zu Europas stärkster konventioneller Militärmacht zu werden. Der neue „Fahrplan für Verteidigungsbereitschaft“ der EU sieht umfassende Hochrüstungsmaßnahmen bei Drohnen und im Weltall vor und begünstigt einen Aufstieg der Bundeswehr zur konventionell stärksten Streitmacht Europas. Das Dokument, das die EU-Kommission in der vergangenen Woche vorgelegt hat und das in dieser Woche von den Staats- und Regierungschefs verabschiedet werden soll, legt neun Schwerpunktbereiche sowie vier Leuchtturmprojekte zur Militarisierung der EU fest. Dabei sollen sich jeweils mehrere EU-Staaten zu „Koalitionen“ zusammentun, um die Entwicklung und die Produktion von Waffensystemen zu konzentrieren. Deutschland beansprucht laut Berichten die Führung über fünf der neun Koalitionen. Die Leuchtturmprojekte sind exakt in Bereichen angesiedelt, in denen die Bundesregierung die eigene Hochrüstung vorantreiben will – insbesondere bei Drohnen, in die Berlin in den nächsten Jahren bis zu zehn Milliarden Euro steckt, und bei der Militarisierung des Weltalls, für die 35 Milliarden Euro vorgesehen sind. Die immense Steigerung der deutschen Rüstungsausgaben erlaubt Berlin in diesen – und anderen
   Quelle: German Foreign Policy
10. **Standort von Produktionsfirma in Gaza von Rakete getroffen**
    ZDF-Chefredakteurin Schausten: “Sind in Gedanken bei den Opfern”
    Heute Nachmittag gegen 16:30 Uhr Ortszeit (15:30 Uhr deutscher Zeit) wurde der Standort der Produktionsfirma Palestine Media Production (PMP) in Deir el Balah im Süden Gazas von einer Rakete getroffen. Die Firma arbeitet seit Jahrzehnten u. a. mit dem ZDF-Studio in Tel Aviv zusammen. Bei dem Beschuss kamen ein 37-jähriger Ingenieur der Firma und der achtjährige Sohn eines anderen Mitarbeiters ums Leben. Ein weiterer PMP-Mitarbeiter (31) wurde bei dem Angriff verletzt. Auf Bildern nach

dem Angriff ist zu sehen, dass außerdem der SNG-Übertragungswagen sowie Teamfahrzeuge zerstört wurden.
ZDF-Chefredakteurin Bettina Schausten: "Wir sind in Gedanken bei den Opfern und ihren Familien, denen wir unser tiefes Mitgefühl aussprechen. Es ist nicht hinnehmbar, dass Medienschaffende bei der Ausübung ihrer Arbeit angegriffen werden." Auf Nachfrage des ZDF haben die Israelischen Streitkräfte (IDF) erklärt, der Vorfall werde geprüft.
Quelle: ZDF

11. **Neue Sanktionen geplant – Russische Schattenflotte bereitet EU zunehmend Sorgen**
Trotz der EU-Sanktionen sind weiterhin Tanker mit russischem Öl unterwegs. Bis zu 1.400 Schiffe könnten zur sogenannten Schattenflotte gehören. Die EU-Außenbeauftragte Kallas fordert härtere Maßnahmen – auch aus Umweltgründen.
Die sogenannte russische Schattenflotte zur Umgehung von internationalen Ölsanktionen infolge des Ukraine-Kriegs wird laut EU immer größer. Wie aus einem Arbeitspapier für ein Außenministertreffen heute in Luxemburg hervorgeht, wird die Größe dieser Flotte mittlerweile auf 600 bis 1.400 Tanker geschätzt. […]
Zudem wird davor gewarnt, dass Schiffe der Schattenflotte als Plattform für den Start von Drohnen für Stör- oder Spionageangriffe genutzt werden können. Diesen Verdacht gab es auch nach den mysteriösen Drohnensichtungen in Dänemark, die vor allem in der Hauptstadt Kopenhagen zu erheblichen Einschränkungen des Flugverkehrs geführt hatten.
In dem Papier heißt es weiter, die EU-Mitgliedstaaten agierten bereits zunehmend robust gegen die Schattenflotte. Als Beispiele genannt werden das Vorgehen Deutschlands gegen das Schiff Eventin, Frankreichs gegen das Schiff Boracay, Estlands gegen das Schiff Kiwala und Finnlands gegen das Schiff Eagle S.
Quelle: Tagesschau

Anmerkung unseres Lesers A.H.: *Trotz der von der EU verhängten Sanktionen treibt Russland weiterhin Handel mit Öl. Warum auch nicht? Die EU muss es schließlich nicht kaufen. Da heißt es: „Die sogenannte russische Schattenflotte zur Umgehung von internationalen Ölsanktionen…" Die Tagesschau formuliert hier absichtlich unscharf, um den Eindruck von Sanktionen der Vereinten Nationen zu erwecken. Solche Sanktionen gibt es jedoch nicht. Dann werden auch noch die längst widerlegten angeblichen russischen Drohnen aus der Mottenkiste geholt. Wahrscheinlich, weil bei der ständigen Propaganda immer etwas beim Tagesschau-Zuschauer hängen bleibt. Sogar die völkerrechtswidrigen Aktionen der EU gegen russische Schiffe in internationalen Gewässern werden als legitim dargestellt.*

Insgesamt ist dies ein Beitrag der Tagesschau, der an manipulativen Formulierungen und Desinformation kaum zu überbieten ist.

12. **Verschärftes Aufenthaltsgesetz: Bis zur Ausreise verwahrt**
Das Kölner Ausländeramt nimmt Geflüchteten ihre Handys ab – und gibt sie nicht mehr zurück. Offiziell sollen die Geräte Hinweise auf die Herkunft der Betroffenen liefern. Doch für die bedeutet das oft den Verlust ihres wichtigsten Kommunikationsmittels.
Quelle: Netzpolitik.org
13. **Die Würfel-Wüste**
Weltweit wuchert die architektonische Verödung der Städte, sodass Körper, Geist und Seele der Menschen in den monokulturell-modernistischen Tetris-Bauten zu verkümmern drohen — die Suche nach Ursachen und Auswegen ist existenziell. Teil 1.
Quelle: Manova

dazu auch: **Teil 2 und Teil 3**

14. **Kolumbien: Trump-Äußerungen wie „Androhung einer Invasion“**
Nach Drohungen von US-Präsident Donald Trump hat die kolumbianische Regierung vor einer US-Invasion in dem Land gewarnt. Die Äußerungen Trumps kämen der „Androhung einer Invasion oder militärischen Vorgehens gegen Kolumbien“ gleich, sagte Innenminister Armando Benedetti gestern im Sender Blu Radio.
Trump hatte gedroht, sollte Kolumbiens Präsident Gustavo Petro den Drogenanbau in seinem Land nicht unterbinden, würden „die USA das für ihn tun, und zwar nicht auf sanfte Weise“.
Benedetti sagte dazu: „Ich kann mir nicht vorstellen, wie man mehrere Hektar Land schließen könnte, es sei denn auf diese Weise, es sei denn durch eine Invasion.“ Selbst das Besprühen von Drogenanbauflächen mit Pestiziden durch die USA würde die Souveränität Kolumbiens verletzen, fügte er hinzu.
Quelle: ORF
15. **Transparenz: So viel verdienten die ARD-Intendanten**
Der Spitzenreiter 2024 ist inzwischen nicht mehr im Amt. Wer vorne liegt und wer Schlusslicht ist.
Schon seit einiger Zeit legt die ARD transparent die Gehälter der ARD-Intendantinnen und -Intendanten offen. Die neueste Liste für das Jahr 2024 liegt nun vor, „epd“ berichtete zuerst darüber. Wie schon zuletzt wird sie vom inzwischen ausgeschiedenen WDR-Intendanten Tom Buhrow angeführt, der im vergangenen Jahr demnach auf 427.900 Euro kam. Hinzu kamen 3.700 Euro als Aufwandsentschädigung und 21.900 Euro Sachbezüge. Buhrow schied Ende 2024 als Intendant des WDR aus, Katrin

Vernau übernahm. Platz zwei und drei in der Gehaltsliste der ARD-Intendanz gingen an Kai Gniffke (SWR, 392.530 Euro an Jahresbezügen), Rang drei an Joachim Knuth vom NDR mit 360.371 Euro.
Schlusslicht in der Liste ist derweil RBB-Intendantin Ulrike Demmer, die auf 220.000 Euro an Jahresbezügen kam – knapp 14.000 Euro an Sachbezügen kamen hinzu.
Quelle: Digital Fernsehen

16. **Friedenstüchtig werden**
Für eine Konfliktlösung ist es entscheidend, Verstehen und Legitimieren auseinanderzuhalten. Wer sich weigert, die Geschichte zur Kenntnis zu nehmen und die Motive der Akteure zu verstehen, beraubt sich jeder Möglichkeit, die Wurzeln des Konfliktes anzugehen und langfristigen Frieden zu schaffen. Fabian Scheidler blickt in seinem neuen Buch „Friedenstüchtig“ auch zurück auf historische Bemühungen eine Friedensordnung zu schaffen. Multipolar veröffentlicht Auszüge.
Quelle: Multipolar
17. **Appell des Friedensbündnisses: „Lasst uns alle alles dafür tun, damit die Menschheit kein drittes Karthago erleidet!“**
Das Friedensbündnis Bernau-Panketal sieht sich aufgrund der Weltlage genötigt, noch mal daran zu erinnern, was sich „unsere Väter und Mütter“ einst geschworen haben. Bertolt Brecht schrieb: „Das große Karthago führte drei Kriege. Es war noch mächtig nach dem ersten, noch bewohnbar nach dem zweiten. Es war nicht mehr auffindbar nach dem dritten.“
Die Menschheit erlebte zwei Weltkriege. Im ersten starben 17 Millionen. Im zweiten kamen über 60 Millionen Menschen um, Europa war verwüstet, und es wurden die ersten beiden Atombomben eingesetzt. Nach einem dritten, atomaren Weltkrieg wird es die Menschheit nicht mehr geben.
Russlands Angriff auf die Ukraine ist völkerrechtswidrig. Unabhängig von den militär- und geostrategischen Gegebenheiten zwischen Russland und der Nato, die als Ursachen des Krieges benannt werden können, ist der Überfall auf die Ukraine eine Aggression, die zusammen mit dem Krieg im Nahen Osten und dem US-israelischen „Präventivschlag“ gegen den Iran das gesamte weltpolitische Gefüge ins Rutschen gebracht hat. Kriege als Mittel der Politik sind im strategischen Kalkül und im Denken einiger Politiker in unserem Land wieder akzeptabel geworden. Wir sehen es am Handeln.
Quelle: Berliner Zeitung
18. **BSW: Neuauszählung jetzt: So kannst du unsere Forderung unterstützen!**
Es kommt Bewegung in unseren Wahleinspruch! Die BSW-Forderung nach Neuauszählung der Bundestagswahl bekommt Zuspruch von Experten, Wissenschaft, Politik und Medien. Jetzt wollen wir gemeinsam mit euch den Druck hochhalten.

Neun Abgeordnete werden dem Bundestag einen Vorschlag machen, ob die Stimmen zur Bundestagswahl neu ausgezählt werden sollen oder nicht. Uns fehlten laut offiziellem Endergebnis nur 9.528 Stimmen und es gibt weiterhin Auffälligkeiten, die bis heute nicht korrigiert wurden.
Fordert den Wahlprüfungsausschuss mit uns gemeinsam auf, eine Neuauszählung zu beantragen. So geht's: …
Quelle: BSW